

Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Nuklear-Deal und innenpolitische Neu-Ordnung

Mit seiner Entscheidung, den Nuklear-Deal mit den USA trotz Bedenken der kommunistischen Partner weiterzuverfolgen, hat der *Congress* von Premierminister Manmohan Singh für einen heißen politischen Sommer in Indien gesorgt. Da die Amtszeit sowohl der US-amerikanischen wie der indischen Regierung in wenigen Monaten endet, galt dies allgemein als die letzte Chance, die strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten mit einem Abkommen zur gemeinsamen zivilen Nutzung der Kernenergie zu besiegeln. Mittlerweile hat auch die Internationale Atomenergie-Organisation IAEA einen Plan zur Kontrolle der indischen Nuklear-Anlagen gebilligt und damit eine weitere Hürde zur Verwirklichung des Deals aus dem Weg geräumt. Jetzt muss der Kongress in den USA das Abkommen Anfang September noch ratifizieren. Innenpolitisch hat die Entscheidung der indischen Regierung zu einer Neuordnung der politischen Landschaft geführt. Die Kommunisten, auf deren Unterstützung Manmohan Singh im Parlament bisher angewiesen gewesen war, distanzieren sich von der von der Kongresspartei geführten Regierungskoalition UPA. Manmohan Singh sah sich gezwungen, die Vertrauensfrage zu stellen, bei der seine Regierung am 22. Juli eine dramatische Abstimmung überlebte: Während die Opposition im Parlament mit Geldbündeln wedelte, um zu suggerieren, Singh habe die Stimmen für sich zusammengekauft, hatte sich insbesondere Mulayam Singhs *Samajwadi Party*, die im größten Bundesstaat Uttar Pradesh (UP) stark ist, auf die Seite des *Congress* geschlagen. Mulayam Singhs Erzrivalin, der gegenwärtigen Ministerpräsidentin in UP, Mayawati von der *Bahujan Samaj Party* (BSP), werden dagegen Ambitionen nachgesagt, sich als Anführerin einer auch die Kommunisten umfassenden „dritten Kraft“ zwischen der Kongresspartei und der hindu-nationalistischen BJP profilieren zu wollen. Neuwahlen zum nationalen Parlament scheinen vorerst abgewendet zu sein; sie stehen endgültig aber für Mitte 2009 an.

BJP gewinnt Wahlen in Karnataka

Überraschend klar hat die hindu-nationalistische BJP im Mai die Wahlen im südindischen Bundesstaat Karnataka mit der Hauptstadt Bangalore gewonnen. Die BJP, die auf Bundesebene die Opposition stellt, sicherte sich fast die Hälfte der Mandate im Landesparlament und konn-

te damit zum ersten Mal überhaupt aus eigener Kraft einen der vier südindischen Staaten für sich gewinnen. Neuer Ministerpräsident wurde B.S. Yeddyurappa.

Streit um Land für Hindus in Kaschmir

Ein anhaltender Streit um Land für ein Hindu-Heiligtum hat zum Sturz der Landesregierung im indisch kontrollierten Teil Kaschmirs sowie zu schweren Spannungen zwischen Hindus und Muslimen sowie den beiden Landesteilen Jammu und Kaschmir geführt. In der fast 4.000 Meter hoch gelegenen Amarnath-Höhle bildet sich jährlich ein Eis-*Lingam* (symbolische Präsenz des Gottes Shiva), was jeden Sommer hinduistische Pilger aus ganz Indien anzieht. Die Koalitionsregierung aus Kongresspartei und der im Kaschmir-Tal starken *People's Democratic Party* (PDP) beschloss Ende Mai gemeinsam mit der Zentralregierung, der im muslimisch dominierten Kaschmir gelegenen Hindu-Pilgerstätte Land zur Verfügung zu stellen, um dort temporäre Unterkünfte für Pilger zu errichten. Das führte zu schweren Protesten von Muslimen in Kaschmir, wo Landrechte ein besonders sensibles Thema sind: Bis heute ist es Bürgern anderer Bundesstaaten beispielsweise nicht erlaubt, in Kaschmir Land zu erwerben. In den Augen vieler Kaschmiris hätte die Entscheidung der Regierung zur Ansiedlung von Hindus aus anderen Teilen Indiens geführt. Als sich Straßendemonstrationen und Streiks dagegen häuften, zwang die PDP die Kongresspartei, die Entscheidung zurückzunehmen und zog sich aus der Regierung zurück, was zum Rücktritt von Ministerpräsident Ghulam Nabi Azad und der Verhängung von *President's Rule* in Kaschmir führte. Hindu-nationalistische Organisationen wiederum riefen zu Protesten im hauptsächlich von Hindus bevölkerten Jammu auf, bei denen es zu Übergriffen gegen Muslime kam. Bis Anfang August kam es in Jammu wie in Kaschmir heftige Unruhen mit mindestens acht Toten und tagelanger Ausgangssperre.

Anschlagsserie in Indien

Eine Reihe von schweren Terroranschlägen in verschiedenen Teilen Indiens hat zu neuen Spannungen mit Pakistan geführt. Am 13. Mai starben mindestens 63 Menschen, als 9 Bomben in Jaipur in Rajasthan explodierten; am 25. Juli töteten eine Reihe von kleinen Bomben in Bangalore mindestens zwei Menschen; und am 26. Juli detonierten 17 Bomben in Ahmedabad, mindestens 29 Menschen kamen dabei ums Leben. Alle

drei betroffenen Orte sind Metropolen in von der hindu-nationalistischen BJP regierten Bundesstaaten. Behörden und Medien gaben pakistani-schen und bangladeschischen Terror-Gruppen die Schuld. Anfang Juli starben zudem mindestens 58 Menschen bei einem Anschlag auf die indische Botschaft in Kabul. Die afghanische und die indische Regierung beschuldigten ungewöhnlich direkt den pakistani-schen Geheimdienst für dieses Attentat (siehe auch den Artikel von Bernd Basting und Meldungen Afghanistan in diesem Heft).

Wieder Schüsse an der LOC

Verletzungen des Waffenstillstands an der *Line of Control* (LOC) in Kaschmir belasten die Beziehungen zwischen Pakistan und Indien. Ende Juli kam es zum ersten Mal seit Beginn des Waffenstillstands Ende 2003 zu einem schwereren Gefecht. Die indische Armee beschuldigt Pakistan, Soldaten auf indisches Territorium geschickt zu haben. Zuvor hatte es in diesem Jahr schon mehrfach leichte Schießereien an der LOC gegeben. Der Waffenstillstand in Kaschmir gilt als eine der wichtigsten Errungenschaften des Friedensprozesses zwischen Indien und Pakistan. Vor 2003 hatten die beiden Armeen sich beinahe täglich an der LOC mit Artillerie beschossen. Abgesehen von Militärpersonal fielen immer wieder auch Zivilisten diesen Scharmützeln zum Opfer. Trotz der Konflikte geben sich beide Länder bemüht, den institutionalisierten Dialogprozess („Composite Dialogue“) zwischen beiden Ländern, nicht ins Stocken geraten zu lassen.

Aktionsplan gegen Klimawandel

Kurz vor Beginn des G8-Gipfels in Japan im Juli hat Indien zum ersten Mal einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Klimawandels vorgelegt. Darin bekennt sich die Regierung zum Ausbau der Solarenergie und zum Energiesparen. Allerdings fehlen konkrete Zielsetzungen für die notwendigen Schritte zur Reduktion von CO₂-Ausstoß. Ähnlich wie China besteht Indien nach wie vor darauf, dass der Klimaschutz seine wirtschaftliche Entwicklung nicht beeinträchtigen darf. Premierminister Manmohan Singh hat wiederholt Klimaziele vorgeschlagen, die sich an den Pro-Kopf-Emissionen eines Landes orientieren. Diese sind in Indien nach wie vor sehr niedrig im Vergleich zu westlichen Industrieländern.

Neue Gujjar-Agitation

Bei neuen Agitationen der Gujjars in Rajasthan sind im Mai und Juni mehr als 40 Menschen getötet wor-

den. Die meisten starben, als die Polizei das Feuer auf Demonstranten eröffnete, nachdem Gujjars einen Polizisten gelyncht hatten. Die Gujjars forderten die Herabstufung in der Kastenhierarchie und die Anerkennung als *Scheduled Caste*, die früher so genannten Unberührbaren, um dadurch in den Genuss von Kastenquoten im staatlichen Sektor zu kommen. Über Wochen legten sie mit ihren Straßenblockaden immer wieder das öffentliche Leben in Rajasthan und angrenzenden Gebieten lahm, auch in der Hauptstadt Delhi. Schlussendlich stimmte die Landesregierung in einem Kompromiss zu, weiter 5 Prozent der Arbeitsplätze in Kommunalverwaltungen und der Studienplätze in staatlichen Colleges für die Gujjars und drei andere ethnische Gruppen zu reservieren, woraufhin Gujjar-Anführer Bainsla die Proteste für beendet erklärte. Gujjars leben in weiten Teilen Nord- und Westindiens sowie in Pakistan und auch Afghanistan. Es gibt hinduistische und muslimische Gujjars. Ihre Einstufung im Kastensystem und damit der Zugang zu Quoten variiert von Bundesstaat zu Bundesstaat in Indien. Bereits im vergangenen Jahr waren bei Protesten der Gujjars in Rajasthan über 25 Menschen getötet worden.

Folter weit verbreitet: Menschenrechtler

Das *Asian Centre for Human Rights* (ACHR) in Delhi hat der indischen Regierung in einem im Juni veröffentlichten Bericht vorgeworfen, zu wenig gegen Folter in Indien zu unternehmen. Nach offiziellen Angaben der staatlichen indischen Menschenrechtskommission sind zwischen 2002 und 2007 7500 Menschen in indischen Gefängnissen und im Polizeigewahrsam ums Leben gekommen. Die Mehrheit von ihnen sei zuvor jung und gesund gewesen, so ACHR-Chef Suhas Chakma, und auch die von den Behörden vorgebrachte Erklärung, sie hätten Selbstmord begangen, sei in vielen Fällen unglaubwürdig. Zur Aufstandsbekämpfung erlassene Sondergesetze, die die strafrechtliche Verfolgung von Angehörigen der Sicherheitskräfte praktisch unmöglich machten, hätten zu einer Kultur der „Straflosigkeit“ geführt, die das Haupthindernis bei der Bekämpfung der Folter geworden sei.

www.achrweb.org/reports/india/torture2008.pdf

Massenpanik in Tempel

Bei einer Massenpanik in einem Hindu-Tempel im nordindischen Unionsstaat Himachal Pradesh starben Anfang August mindestens 148 Menschen. Das Geländer an einer Treppe brach weg, so dass die Pilger auf der Treppe in die Tiefe stürzten. Zehntausende Gläubige hatten den Naina-Devi-Tempel besucht.